

# PROJEKTSTEUERUNGSVERTRAG

– auf werkvertraglicher Basis –

(In diesem Vertrag wird aus Gründen der Lesbarkeit auf differenzierte geschlechtsbezogene Formulierungen verzichtet und ausschließlich die männliche Form verwendet. Sie bezieht sich auf Personen beiderlei Geschlechts sowie auf inter- und transsexuelle Personen, also auch auf das sog. „Dritte Geschlecht“ und „Diverse Menschen“.)

Zwischen

**Ev.-Luth. Kirchengemeinde Maria Magdalena**

Achter Born 127

22549 Hamburg

vertreten durch den Kirchengemeinderat

– nachstehend **Auftraggeber** genannt –

und

**Firmenname**

Straße und Hausnummer

Postleitzahl und Ort

– nachstehend **Auftragnehmer** genannt –

wird folgender **Projektsteuerungsvertrag** geschlossen.

Beide Vertragsparteien werden als **Vertragspartner** bezeichnet

# Inhalt

- 1 DAS PROJEKT
- 2 PROJEKTZIELE UND VERTRAGSGRUNDLAGEN
- 3 LEISTUNGEN DES AUFTRAGNEHMERS
- 4 ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DEN BETEILIGTEN/MITWIRKUNG DES AUFTRAGGEBERS
- 5 TERMINE/VERTRAGSFRISTEN
- 6 VERGÜTUNG UND ZAHLUNG
- 7 ABNAHME
- 8 MÄNGELHAFTUNG/HAFTUNG
- 9 SICHERHEITEN/VERSICHERUNGEN
- 10 KÜNDIGUNG
- 11 URHEBERRECHTE UND SCHUTZRECHTE
- 12 SCHLUSSBESTIMMUNGEN

# **1. Das Projekt**

Gegenstand des Vertrages sind Projektsteuerungsleistungen als ingenieurtechnische und wirtschaftliche Unterstützung des Auftraggebers bei der Realisierung des nachfolgend benannten Projektes:

## **1.1 Allgemeine Beschreibung des Projektes**

**Projektbezeichnung:**

Sanierung und barrierefreie Umgestaltung der Pastorate A+B für die Kinder- Jugend- und Familienhilfe

**Grundstück:**

Achtern Born 127, 22549 Hamburg

**Nutzungszweck:**

Räumlichkeiten für die Kinder- Jugend- und Familienhilfe der FHH

**Art des Projekts** (Neubau/Instandsetzung/Sanierung/Umbau):

Umbau und Sanierung

**Projektdurchführung mit oder ohne Unterbrechungen/Bauabschnitte(n):**

k. A.

## **1.2 Aktueller Stand der Projektbearbeitung**

Die Ev.-luth. Kirchengemeinde Maria-Magdalena beabsichtigt zwei der vier, auf der Nordseite des Grundstücks Achtern Born 127 befindlichen, ehemaligen Pastorate zu sanieren und die Kinder- Jugend- und Familienhilfe der Freien und Hansestadt Hamburg umzubauen. Das Gebäudeensemble, welches neben den Pastoraten auch aus dem Gemeindezentrum besteht, steht unter Denkmalschutz. Das benachbarte Gemeindezentrum und deren Außenanlagen werden zurzeit saniert und zukünftig wieder neben der kirchlichen Nutzung als KL!CK Kindermuseum genutzt.

Die beiden Pastorate A und B verfügen aktuell etwa über folgende Bruttogeschossflächen (BGF):

**Erdgeschoss Pastorat A+B: ca. 460 m<sup>2</sup>**

Pastorat A Untergeschoss: ca. 86 m<sup>2</sup> (wird nicht saniert, verbleibt in Nutzung der Kirchengemeinde)

Pastorat B Untergeschoss: ca. 125 m<sup>2</sup>

**Untergeschoss gesamt: ca. 125 m<sup>2</sup> (nur Pastorat B)**

**Außenanlagen Pastorat A+B: ca. 440 m<sup>2</sup>**

**Grundstücksfläche Pastorat A+B: ca. 900 m<sup>2</sup>**

Inhaltlich wurden die Wünsche der Kinder- Jugend- und Familienhilfe nur vorabgestimmt. Wesentlich ist die Herstellung der Barrierefreiheit, der Zusammenschluss beider Pastorate im Inneren und die allgemeine Sanierung innen und außen unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes.

Es liegt ein Sanierungsgutachten aus dem Jahr 2018 vor.

## **1.3 Projektvorgaben für Vergabe, Planung und Ausführung**

Für das gesamte Projekt ist das öffentliche Vergaberecht einzuhalten.

**Ein auftraggeberseitiges Bedarfsprogramm nach DIN 18205:2016-11**  
liegt nicht vor

**Vorgesehene Planer- und Unternehmereinsatzformen sind:**

- Einzelplaner mit Lph. 1-9 entsprechend HOAI
- Einzelunternehmer

## **1.4 Merkmale des Auftraggebers**

Der Auftraggeber realisiert das Bauvorhaben als Bauherr in eigenem Namen und auf eigene Rechnung zur Vermietung.

**Folgende Gremien / Einrichtungen des Auftraggebers sind nach Maßgabe der Vorgaben des Auftraggebers einzubinden:**

- Ev.-Luth. Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein, bauwerk KIRCHLICHE IMMOBILIEN
- Kirchengemeinderat Ev.-Luth. Kirchengemeinde Maria Magdalena

**Folgende weitere Beteiligte (Stakeholder) sind bei der Projektrealisierung einzubeziehen:**

- Fördermittelgeber
- Genehmigungsbehörden der Stadt Hamburg / Denkmalschutzamt
- Bezirksamt Altona
- Nutzer Kinder- Jugend und Familienhilfe der FHH
- Landeskirchenamt

## **2. Projektziele und Vertragsgrundlagen**

Der Auftragnehmer erbringt die in diesem Vertrag näher geregelten Leistungen in den beschriebenen Handlungsbereichen zum Zwecke der Erreichung der unter Ziff. 2.1 benannten Projektziele und auf Basis der unter Ziff. 2.2 aufgelisteten Vertragsgrundlagen.

### **2.1 Projektziele**

Der Auftragnehmer hat seine Leistungen auf die Erreichung folgender Projektziele auszurichten:

#### **2.1.1 Kostenziel**

Planungs- und Baukosten (Kostengruppen 200 bis 700 gemäß DIN 276-1:2018-12):

- Kostenziel siehe **Anlage 6** Zuwendungsbescheid

Eine Kostengarantie ist mit der Vereinbarung der Kostenvorgabe nicht verbunden.

#### **2.1.2 Terminziel**

Abnahmereife Fertigstellung des Bauvorhabens bis zum: Zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses liegt noch kein verbindliches Terminziel vor. Dieses ist im weiteren Projektlauf festzulegen. Die Zuwendung wird für die Planung der Leistungsphasen 1-4 bereitgestellt.

Die Abrechnung der Leistungen ist bis 06/2028 durchzuführen.

#### **2.1.3 Qualitätsziele**

**Folgende allgemeine qualitative Anforderungen:**

- Vorgaben seitens der Kinder- Jugend- Familienhilfe

### **Effizienz- bzw. Nachhaltigkeitsanforderungen/Zertifizierungsziele:**

- Keine

Sollte sich im Rahmen der weiteren Projektvorbereitung und -abwicklung unter Berücksichtigung der Leistungsbeiträge der an der Planung fachlich Beteiligten und/oder der ausführenden Unternehmen herausstellen, dass ein oder mehrere der vorgenannten Projektziel(e) gefährdet sind, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber hierauf unverzüglich hinzuweisen und Anpassungsmaßnahmen vorzuschlagen. Dasselbe gilt, soweit sich im Rahmen der weiteren Vertragsabwicklung Zielkonflikte ergeben.

Die Projektziele sind entsprechend fortzuschreiben, sofern und soweit der Auftraggeber die Anforderungen an die Projektrealisierung ändert und dies Auswirkungen auf die vereinbarten Zielvorgaben hat.

Die Vertragspartner sind sich darüber einig, dass die vorstehend definierten Projektziele eine ausreichende Planungsgrundlage im Sinne des § 650 p Abs. 2 BGB darstellen. Dementsprechend entfallen etwaige Kündigungsrechte nach § 650 r BGB, auf welche die Parteien vorsorglich verzichten. Die Rechte und Pflichten der Parteien in Bezug auf die Beendigung dieses Vertrages regeln sich ausschließlich nach den nachstehenden Bestimmungen.

## **2.2 Grundlagen des Vertrages**

Für die Leistungen des Auftragnehmers gelten vorrangig die in diesem Vertrag getroffenen Regelungen sowie nachrangig die nachfolgenden Vertragsbestandteile:

2.2.1 - Leistungsbeschreibung für Stufe 1-5 auf Basis AHO-Heft Nr. 9, **Anlage 1**

2.2.2 - Preisblatt **Anlage 2**

2.2.3 - Rahmentermine **Anlage 3**

2.2.4 - die Projektbeschreibung (gemäß der Liste der übergebenen Ausschreibungsunterlagen), **Anlage 4**

2.2.5. Informationen zur Datenerhebung, **Anlage 5**

2.2.6 - ergänzend die Untersuchungen zum Leistungsbild, zur Honorierung und zur Beauftragung von Projektmanagementleistungen in der Bau- und Immobilienwirtschaft, AHO-Heft Nr. 9

2.2.7 - die Vorschriften des BGB über den Architekten- und Ingenieurvertrag, §§ 650 p ff. BGB, im Übrigen

2.2.8 - die Vorschriften des BGB über den Werkvertrag, §§ 631 ff. BGB,

2.2.9 - die Baustellenverordnung (BaustellV) vom 10.06.1998,

2.2.10 - die allgemein anerkannten Regeln der Technik, die einschlägigen öffentlich-rechtlichen Bestimmungen und der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit unter Beachtung der Anforderungen des Auftraggebers; ebenfalls sind alle im Gebiet der Europäischen Union und in Deutschland einschlägigen technischen Normen und Regelwerke zu beachten

2.2.11 – Zuwendungsbescheid **Anlage 6**

## **3. Leistungen des Auftragnehmers**

### **3.1 Leistungsbild**

Der Auftragnehmer hat alle Leistungen zu erbringen, die nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Vertrags und des Leistungsbildes zur Erreichung der in diesem Vertrag beschriebenen Projektziele erforderlich sind. Er hat die im Rahmen der Projektziele festgelegten Quantitäten und Qualitäten, Termine und Kosten während der gesamten Vertragslaufzeit zu überwachen und auf deren Einhaltung hinzuwirken. Dem Auftragnehmer obliegen die Vorbereitungen und das Herbeiführen der erforderlichen Entscheidungen des Auftraggebers. Seine eigenen Leistungen hat der Auftragnehmer so rechtzeitig zu erbringen, dass die Termin- ziele eingehalten werden können.

Dem Auftragnehmer werden insbesondere die aus der Anlage 1 zu diesem Vertrag ersichtlichen Leistungen übertragen.

Der Auftragnehmer erbringt die in diesem Vertrag näher geregelten Leistungen auf werkvertraglicher Basis. Der Werkerfolg liegt in der vertragsgemäßen Erbringung der in diesem Vertrag und seinen Anlagen vereinbarten Projektsteuerungsleistungen zur termin- und kostengerechten sowie mängelfreien Fertigstellung des Bauvorhabens.

Soweit in diesem Vertrag nicht etwas anderes bestimmt ist oder Besonderheiten der Projektaufgabe entsprechende Leistungen entbehrlich machen, gehören die in der Kommentierung des AHO-Heftes Nr.9 benannten Lieferobjekte zum Leistungsumfang.

### 3.2 Projektsteuerungseinsatzform

Gegenstand dieses Vertrages sind:

- Projektsteuerungsleistungen gemäß dem Leistungsbild nach Heft Nr. 9 der AHO-Fachkommission „Projektsteuerung/Projektmanagement“ (fortan: AHO-Heft Nr. 9).

### 3.3 Klarstellungen zum Leistungsumfang

#### 3.3.1 Die Beauftragung bezieht sich:

- auf alle Handlungsbereiche des Leistungsbildes (A) Organisation, Information, Koordination und Dokumentation, (B) Qualitäten und Quantitäten, (C) Kosten und Finanzierung, (D) Termine, Kapazitäten und Logistik, (E) Verträge und Versicherung.

**3.3.2** Soweit sich aus diesem Vertrag nicht etwas anderes ergibt, übernimmt der Auftragnehmer **keine Verpflichtungen aus dem Bereich der Objekt- und Fachplanungen nach der HOAI und keine Ausführungsleistungen.**

### 3.4 Projektstufen

Die Beauftragung des Auftragnehmers erfolgt stufenweise.

- Projektstufe 1
- Projektstufe 2
- Projektstufe 3
- Projektstufe 4
- Projektstufe 5

Mit Abschluss dieses Vertrages wird die Projektstufe 1 sowie die folgenden besonderen Leistungen abgerufen:

- Nutzerprojektmanagement
- Stakeholdermanagement
- Ermittlung, Beantragung und Umsetzung von komplexen Förderprogrammen sowie die planungsbegleitende und baubegleitende Kontrolle der Förderprogramme inkl. Erstellen des Verwendungsnachweises
- Übernehmen der Funktion der Vergabestelle
- Koordination (terminlich und organisatorisch) mit Parallelmaßnahmen

Soweit dem Auftragnehmer nicht sogleich sämtliche Projektstufen übertragen werden, sondern eine stufenweise Beauftragung erfolgt, erklärt der Auftraggeber die grundsätzliche Absicht, den Auftragnehmer auch mit weiteren Projektstufen zu beauftragen. Einen Rechtsanspruch auf Anschlussbeauftragung hat der Auftragnehmer nicht. Die Beauftragung der weiteren Projektstufen erfolgt durch schriftlichen Leistungsabruf des Auftraggebers.

Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unaufgefordert schriftlich zu unterrichten, wenn die Beauftragung von Leistungen aus späteren Projektstufen notwendig wird. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, Leistungen aus noch nicht abgerufenen Leistungsstufen nach diesem Vertrag zu erbringen, wenn der Auftraggeber sie innerhalb einer Frist von 12 Wochen nach Abschluss der letzten übertragenen Projektstufe abrufen. Die Frist beginnt nicht vor einer schriftlichen Mitteilung des Auftragnehmers nach Satz 1. Eine etwaige Anschlussbeauftragung erfolgt ebenfalls schriftlich. In der bloßen Annahme von einzelnen Leistungen aus einer noch nicht beauftragten Stufe liegt keine Anschlussbeauftragung des Auftragnehmers mit einer oder mehreren Projektstufen begründet.

Entsprechendes gilt, wenn vor Abschluss einer Projektstufe bereits einzelne Leistungen aus einer späteren Stufe erforderlich werden. Der Auftraggeber ist in diesen Fällen befugt, bereits vorab abgrenzbare einzelne Leistungen oder Leistungsbereiche aus einer späteren Projektstufe abzurufen.

Soweit Leistungen der Projektleitung übertragen werden, ist bei einer stufenweisen Beauftragung im Zweifel anzunehmen, dass die Leistungen der Projektleitung in jeder Stufe parallel zu den beauftragten Steuerungsleistungen zu erbringen sind.

### 3.5 Leistungsänderungen

Der Auftraggeber ist berechtigt, Änderungen des vereinbarten Werkerfolges oder sonstige Änderungen, die zur Erreichung des Werkerfolges notwendig oder zweckmäßig sind, anzuordnen (Änderungen). Zu den Änderungen gehören nicht nur Änderungen einzelner vereinbarter Projektsteuerungsleistungen, sondern auch Änderungen der Projektziele gemäß Ziff. 1.2.

Begehrt der Auftraggeber eine entsprechende Änderung der vereinbarten Leistungen, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich ein Angebot über die Mehr- oder Mindervergütung zu unterbreiten. Das vom Auftragnehmer unterbreitete Angebot muss den Vergütungsregelungen für Nachtragsangebote nach Ziff. 6.2 entsprechen und so aufgestellt sein, dass der Auftraggeber das Angebot unter Berücksichtigung der Bestimmungen dieses Vertrages prüfen kann (ordnungsgemäßes Angebot).

Der Auftragnehmer darf die Erstellung eines Angebotes und die Ausführung der durch den Auftraggeber angeordneten, geänderten Leistungen nur ablehnen, wenn eine Änderung des Werkerfolges nach diesem Vertrag vorliegt und die Ausführung der geänderten Leistungen im Einzelfall unzumutbar ist. Macht der Auftragnehmer betriebsinterne Vorgänge für die Unzumutbarkeit einer Anordnung geltend, trifft ihn die Beweislast hierfür.

Die Vertragspartner streben eine einvernehmliche Klärung der Umsetzung von geänderten und zusätzlichen Leistungen sowie der Vergütungsanpassung an. Solange eine einvernehmliche Regelung zur Durchführung der geänderten oder zusätzlichen Leistungen oder Vergütungsanpassung noch nicht erfolgt ist, hat der Auftragnehmer gleichwohl eine Anordnung des Auftraggebers – auch vor Ablauf von dreißig Tagen nach Erhalt eines Änderungsbegehrens – zu befolgen, wenn das Interesse des Auftraggebers an der sofortigen Ausführung der mit der begehrten Anordnung verbundenen Leistungen das Interesse des Auftragnehmers an der vorherigen Vereinbarung einer Vergütung überwiegt. Davon ist auszugehen, wenn die besonderen Umstände der Projektabwicklung eine unverzügliche Umsetzung der Anordnung erforderlich machen. Die Auswirkungen geänderter und zusätzlicher Leistungen auf die Vergütung werden in Ziff. 6.2 dieses Vertrages geregelt.

Soweit eine Festlegung gemäß Ziff. 1.3 in Bezug auf Planer- und Unternehmereinsatzformen noch nicht abschließend erfolgt ist, berät der Auftragnehmer den Auftraggeber hinsichtlich der zweckmäßigerweise einzusetzenden Einsatzformen und deren Fortschreibung. Werden nach der Beauftragung der Projektsteuerungsleistungen die Planer- und/oder Unternehmereinsatzform geändert, so ist die Vergütung anzupassen. Dabei können von den Vertragspartnern als Schätzungsgrundlage für den Mehr- oder Minderaufwand die Honorarvorschläge zu § 8 (2) AHO-Heft Nr. 9, herangezogen werden.

### **3.6 Rechtsdienstleistungen**

Sofern bei der Projektabwicklung Rechtsdienstleistungen erforderlich werden, die nicht bloße Nebenleistungen des Berufs- oder Tätigkeitsbildes des Projektmanagers darstellen (§ 5 RDG), hat der Auftragnehmer den Auftraggeber hierauf hinzuweisen, die erforderlichen juristischen Leistungsbeiträge zu benennen und entsprechende Leistungen bei dem Auftraggeber anzufordern.

## **4. Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten/Mitwirkung des Auftraggebers**

### **4.1 Allgemeine Leistungsanforderungen**

Der Auftragnehmer hat alle Leistungen zu erbringen, die nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Vertrages und des Leistungsbildes zur Erreichung der in diesem Vertrag beschriebenen Projektziele erforderlich sind. Seine eigenen Leistungen hat der Auftragnehmer so rechtzeitig zu erbringen, dass die Terminziele eingehalten werden können.

Der Auftragnehmer hat darauf hinzuwirken, dass die künftigen Betriebs- und Unterhaltungskosten des Objekts in Abhängigkeit von den Nutzungszielen geringgehalten werden. Baukosten dürfen nicht mit der Folge eingespart werden, dass die absehbaren Betriebs-, Verbrauchs- und Instandhaltungskosten so steigen, dass die Einsparungen dadurch im Wesentlichen aufgezehrt oder überkompensiert werden.

Die Leistungspflicht des Auftragnehmers umfasst auch die Steuerung von Projektbeteiligten, die im Zeitpunkt des Vertragsschlusses noch nicht beauftragt worden sind, jedoch während der Projektrealisierung hinzutreten. Er ist verpflichtet, die bestehende Projektorganisation kontinuierlich zu überprüfen und fortzuschreiben und dabei ggf. erforderliche oder zweckmäßige Optimierungs- und Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten.

### **4.2 Mitwirkung des Auftraggebers**

Die termingerechte Klärung der Finanzierung zur Sicherstellung des Baubeginns sowie die Zurverfügungstellung eines bebauungsfähigen Grundstücks sind Mitwirkungspflichten des Auftraggebers.

Der Auftraggeber wird dem Auftragnehmer bei ihm vorhandene Pläne, Unterlagen, Verträge, Berechnungen, Daten und Informationen zur Verfügung stellen, damit der Auftragnehmer seine Leistungen zeitgerecht und im Übrigen ordnungsgemäß erstellen kann. Im Übrigen hat der Auftragnehmer erforderliche Informationen im Rahmen des Berichtswesens eigenständig von den Projektbeteiligten zu beschaffen. Soweit dies erforderlich ist, wird der Auftraggeber den Auftragnehmer bei der Anforderung von Leistungen bzw. der Anspruchsdurchsetzung gegenüber Vertragskräften (insbesondere Planern und ausführenden Unternehmen) unterstützen.

Der Auftraggeber wird innerhalb einer angemessenen Frist Entscheidungen zu ihm vorgelegten Entscheidungsvorschlägen des Auftragnehmers treffen.

### **4.3 Berichtswesen**

Der Auftragnehmer übernimmt die Entscheidungsvorbereitung und insbesondere eine Entscheidungsterminplanung für den Auftraggeber.

Dabei obliegt dem Auftragnehmer die Organisation, Steuerung und Kontrolle des Berichts- und Besprechungswesens für das Projekt. Dazu gehört auch die Dokumentation von ihm geführter Besprechungen und deren Erledigungsverfolgung.

Dabei verpflichtet sich der Auftragnehmer, den Auftraggeber regelmäßig über den Projektfortschritt zu unterrichten, und zwar insbesondere über durchgeführte Beschaffungen, den Leistungsfortschritt betreffende Planung und Ausführung, die Kosten, den Mittelabfluss und die Termine sowie deren jeweilige Entwicklung im Abgleich mit den Projektzielen. Der Leistungsfortschritt ist bezogen auf alle wesentlichen Gebäudeteile und -ebenen darzustellen. Die regelmäßige Berichterstattung erfolgt mittels schriftlicher Quartalsberichte (ausführliche Berichterstattung über den Status des Projektes, die Einhaltung und Abweichung von Projektzielen sowie den Leistungsfortschritt, einschließlich Risikobericht) einmal pro Monat als Kurzbericht (zusammengefasste Darstellung des Projektstatus und Einhaltung der Projektziele) zum Stichtag Monatsende sowie viermal jährlich als Quartalsbericht

Im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung sind Projektzielabweichungen, insbesondere Termin- und Kostenabweichungen, in Form einer Soll/Ist-Darstellung aufzuzeigen und Risiken der weiteren Projektabwicklung darzustellen.

Unabhängig von der Regelberichterstattung obliegt dem Auftragnehmer eine unverzügliche schriftliche Informationspflicht über besondere Projektvorkommnisse, insbesondere über das Auftreten von Termin- und Kostenabweichungen gegenüber den Projektzielen sowie über den Eintritt von Umständen, die die Gefahr entsprechender Abweichungen hervorrufen.

Der Auftragnehmer hat sein Berichtswesen so aufzubauen, dass auf Anfrage des Auftraggebers eine aktuelle Auskunft über den Stand des Projekts, speziell im Hinblick auf Beschaffungen, Mittelverwendung, Kosten, Termine und Qualitäten, möglich ist.

Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber über mit Dritten, z. B. Behörden oder weiteren Projektbeteiligten, geführte Korrespondenz in jedem Einzelfall unverzüglich unterrichten. Das gilt auch für Ergebnisvermerke oder Protokolle sowie auch sonstige Aufzeichnungen im Rahmen der Projektrealisierung, die der Auftragnehmer im Rahmen der Projektrealisierung erstellt.

Der Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass eine geordnete Zusammenstellung der bei der Projektrealisierung zu erarbeitenden Dokumentationsunterlagen erfolgt.

## **4.4 EDV**

### **4.4.1 Projektkommunikationssysteme / Common Data Environment (CDE)**

Die Projektkommunikation wird unter Einsatz eines internetbasierten Projektkommunikationssystems abgewickelt. Der Auftragnehmer verwendet dieses Programm im Rahmen seiner Leistungserbringung. Die Bereitstellung, Datenerhaltung und -sicherung sowie Master-Administration werden vom Systemanbieter des Auftraggebers vorgenommen.

Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber im Rahmen seiner Vertragsleistungen ein geeignetes Projektkommunikationssystem zur Verfügung und übernimmt die Administration des Systems. Der Auftragnehmer übermittelt dem Auftraggeber in abzustimmenden zeitlichen Abständen (soweit nicht etwas anderes bestimmt ist: bis zum 10. eines jeden Quartals) auf Datenträger den aktuellen Datenstatus des Projekts. Nach Beendigung des Projekts erhält der Auftraggeber einen kompletten Datensatz.

### **4.4.2 Sonstige zu beachtende Vorgaben des Auftragnehmers in Bezug auf Anwendungsprogramme**

Der Auftragnehmer hat die nachbenannten Softwareprogramme bei seinen Leistungen zu berücksichtigen und einzusetzen:

- k. A.

### **4.4.3 Dokumentations-/Ablagesysteme**

Die Ablage von Daten erfolgt nach der vom Auftraggeber vorgegebenen bzw. mit dem Auftraggeber abgestimmten Aktenablagestruktur.

Die mit der Nutzung der vorgenannten EDV-Systeme verbundenen personellen Mehraufwendungen (z. B. für Schulung und Dateneingabe/Datenauswertung) sind, soweit in

diesem Vertrag und seinen Anlagen nichts anderes bestimmt ist, mit dem vertraglichen Honorar abgegolten.

#### **4.5 Schnittstellen zur IT des Rechnungswesens des Auftraggebers**

Folgende Schnittstellen zu den weiteren Projektbeteiligten sind zu beachten und zu steuern:

- Siehe Ausschreibungsunterlagen

#### **4.6 Schnittstellen zu weiteren Projektbeteiligten**

Folgende Schnittstellen zu den weiteren Projektbeteiligten sind zu beachten und zu steuern:

- Siehe Ausschreibungsunterlagen

#### **4.7 Beachtung der Anordnungen des Auftraggebers**

Anordnungen des Auftraggebers wird der Auftragnehmer beachten. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen, wenn die Vorgaben oder Anordnungen des Auftraggebers unrichtig oder unzumutbar/unwirtschaftlich sind und in diesem Fall Alternativvorschläge zu unterbreiten.

Die Leistungsanforderungen an den Auftragnehmer werden grundsätzlich durch die Sachkunde des Auftraggebers nicht gemindert. § 254 BGB bleibt unberührt.

#### **4.8 Anforderungen an die Tätigkeit**

Der Auftragnehmer arbeitet eng und vertrauensvoll mit dem Auftraggeber und den anderen, vom Auftraggeber für die Abwicklung des Vorhabens eingesetzten Projektbeteiligten zusammen.

Der Auftragnehmer ist nicht befugt, im Zusammenhang mit den ihm übertragenen Leistungen Unternehmer- oder Lieferanteninteressen oder Interessen sonstiger Dritter wahrzunehmen.

Der Auftragnehmer schuldet eine fachkundige und im Übrigen ordnungsgemäße Projektsteuerungsleistung. Er hat die berufs- typischen Sorgfaltsanforderungen zu beachten, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist, die Berufsstandards einer Architektin bzw. eines Architekten und/oder Bauingenieurin bzw. -ingenieurs.

Der Auftragnehmer ist zur Wahrung der Rechte und Interessen des Auftraggebers im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen berechtigt und verpflichtet. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich zu unterrichten, sofern sich Ansprüche gegen andere Projektbeteiligte oder Dritte ergeben können. Dazu gehört eine Berichterstattung über den zugrundeliegenden Sachverhalt, Erfassung etwaiger Schäden und Benennung von Handlungsalternativen.

#### **4.9 Kernprojektteam des Auftragnehmers**

Der Auftragnehmer hat als verantwortliche leitende Mitarbeiter/innen für die Bearbeitung der Projektaufgabe folgende Personen benannt (Kernprojektteam):

- Leitung der Projektsteuerung:
- Stellvertretende Leitung der Projektsteuerung:
- Ggf. folgende weitere Projektmitarbeiter/innen als Mitglieder eines Kernprojektteams:

Projektleiter/in und Stellvertreter/in müssen über eine abgeschlossene (Fach)Hochschulausbildung und eine angemessene Berufspraxis – in der Regel mindestens fünf Jahre für die Leitung und drei Jahre für die Stellvertretung – verfügen. Im Übrigen ist der Auftragnehmer dafür verantwortlich, dass die von ihm vorgesehenen Mitarbeiter/innen nach ihrer Ausbildung und Erfahrung in der Lage sind, das Bauvorhaben erfolgreich zu steuern. Arbeitsrechtliche Weisungen an die Projektmitarbeiter/innen erteilt ausschließlich der Auftragnehmer.

Zur Sicherung des Projekt-Know-hows verpflichtet sich der Auftragnehmer, die Projektleitung der Projektsteuerung, deren Stellvertretung und ggf. vorbenannte Projektmitarbeiter/innen der Projektsteuerung während der gesamten Projektdauer für die übernommenen Leistungen einzusetzen, soweit nicht unabwendbare Ereignisse die Bereithaltung des Kernprojektteams oder dessen Mitglieder aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen ausschließen. Diese Mitarbeiter/innen dürfen im Übrigen nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers ausgewechselt werden. Der Auftraggeber kann die Zustimmung aus sachlichem Grund verweigern, insbesondere wenn neue Mitarbeiter/innen nicht die Erfahrung oder Qualifikation der gekündigten Person aufweisen. Ersatzmitarbeiter/innen sind mit einem ausführlichen Lebenslauf und relevanten Referenzen vorzustellen.

Der Auftraggeber ist zudem berechtigt, vom Auftragnehmer die Auswechslung Beschäftigter durch andere vom Auftragnehmer benannte Beschäftigte zu verlangen, soweit die Beschäftigten durch ihr Verhalten gegen wesentliche Verpflichtungen aus diesem Vertrag verstoßen oder Umstände zu vertreten haben, die bei objektiver Beurteilung eine weitere Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber unzumutbar machen. Der Auftraggeber kann darüber hinaus eine Ergänzung der Mitarbeiter/innen durch geeignete Fachkräfte (bei Vereinbarung einer Pauschalvergütung ohne zusätzliche Vergütung) verlangen, wenn das vom Auftragnehmer eingesetzte Personal, etwa aufgrund unzureichender Erfahrungen, nicht ausreichender Fachkompetenz oder unzureichender Anzahl, einen ordnungsgemäßen und störungsfreien Planungs- bzw. Bauablauf nicht gewährleisten kann und der Auftragnehmer innerhalb einer ihm gesetzten Nachfrist keine Abhilfe leistet. Weitergehende Rechte des Auftraggebers bleiben unberührt.

#### **4.10 Vertretungsbefugnis der Projektbeteiligten**

Der Auftragnehmer hat grundsätzlich keine Vertretungsmacht für den Auftraggeber, insbesondere kann er für den Auftraggeber keine Verträge mit Dritten abschließen, aufheben oder ändern.

Für folgende Entscheidungen wird dem Auftragnehmer indessen Vertretungsmacht erteilt:

- Einforderung von Leistungen der Projektbeteiligten, einschließlich Mängelrügen, Abhilfeverlangen und Inverzugsetzung
- Geltendmachung von Auskunfts- und Einsichtsrechten
- Umsetzung der mit dem Auftraggeber abgestimmten Organisationsvorgaben (Projekthandbuch), insbesondere Organisation von Projekt-, Planungs- und Baubesprechungen, Festlegung von Organisationsterminen und Qualitäten in Planungs- und Baubesprechungen
- Entscheidungen zu Planungsfreigaben, Bemusterungen und technischen Zustandsfeststellungen
- Vertretung des Auftraggebers bei Abnahmen / Erklärung von Vorbehalten wegen Vertragsstrafen

Dem Auftragnehmer wird darüber hinaus (im Rahmen der Übertragung von Projektleitungsaufgaben) Vertretungsmacht für folgende mit der Projektabwicklung in Zusammenhang stehende Geschäfte im freigegebenen Projektrahmen eingeräumt:

- Im Innenverhältnis ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Weisung des Auftraggebers in Bezug auf alle wesentlichen Geschäftsvorfälle einzuholen, insbesondere bei finanziellen Entscheidungen ab 1.000,00 € netto (einmalig oder bei laufenden Leistungen jährlich) sowie bei Maßnahmen, die die rechtzeitige Fertigstellung oder die Funktionsfähigkeit zu

beeinträchtigen vermögen oder wesentliche Qualitätseinbußen bei dem Projekt mit sich bringen würden.

#### **4.11 Projektbüro des Auftragnehmers**

Der Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass die Leitung der Projektsteuerung oder die Stellvertretung während üblicher Geschäftszeiten erreichbar und nach Erfordernis vor Ort präsent ist.

Der Auftragnehmer erbringt die wesentlichen Tätigkeiten von seinem Büro aus.

Die Anwesenheit an Baubesprechungen während der Bauzeit wird durchgängig durch die Projektleitung vor Ort wahrgenommen.

Der Auftragnehmer stellt auf seine Kosten die notwendigen Kommunikationsmittel zur Verfügung. Er hat sicherzustellen, dass er per Telefon und E-Mail erreichbar ist.

Für eine unterbrechungsfreie Vertretung, während der Urlaubs- und der sonstigen Abwesenheitszeiten des Leiters bzw. Stellvertreters der Projektsteuerung hat der Auftragnehmer Sorge zu tragen.

#### **4.12 Kommunikation**

Soweit der Auftraggeber nicht etwas anderes festlegt, erfolgt die Kommunikation der Vertragsparteien bei der Abwicklung des Projektes über das Projektkommunikationssystem; so lange ein solches nicht installiert ist, mittels E-Mail. Die Schriftformerfordernisse nach diesem Vertrag werden hierdurch nicht abbedungen.

Der Auftraggeber kann verlangen, dass die vom Auftragnehmer zu übermittelnden Informationen, Unterlagen, Dokumentationen dem Auftraggeber sowohl in Papierform als auch in einem anderen ohne Weiteres für den Auftraggeber nutzbaren Datenformat zu übergeben sind.

Mehrausfertigungen von Unterlagen/Dokumentationen für Gremien und fachlich Beteiligte sind vom Auftragnehmer ohne zusätzliche Vergütung in angemessenem Umfang zur Verfügung zu stellen, Ziff. 6.5 bleibt unberührt.

### **5. Termine/Vertragsfristen**

#### **5.1 Vertragstermine**

##### **5.1.1 Beginn der Leistungen des Auftragnehmers**

Der Auftragnehmer hat am XX.XX.XXXX mit seinen Leistungen zu beginnen.

##### **5.1.2 Sonstige Vertragstermine**

Als Vertragstermine vereinbaren die Vertragspartner folgende, vom Auftragnehmer einzuhaltende Fristen:-

Die Abrechnung aller Leistungen hat bis 06/2028 zu erfolgen.

#### **5.2 Beendigung der Leistungen des Auftragnehmers**

Die Leistungen des Auftragnehmers enden nach Erledigung aller übernommenen Leistungen.

Im Falle der Vereinbarung einer pauschalen Vergütung (auch eines Berechnungshonorars) gelten folgende ergänzende Regelungen:

In den Fällen der Vereinbarung einer unbestimmten Leistungsdauer bleibt die Leistungspflicht des Auftragnehmers nach diesem Vertrag für den gesamten Leistungszeitraum bestehen. Lediglich zur Vergütungsabgrenzung vereinbaren die Vertragspartner einen Regelleistungszeitraum für die zu erbringenden Hauptleistungen. Das sind alle Leistungen bis zur baulichen Fertigstellung – in der Regel bis Abnahme der Hauptgewerke. Für die über den Regelleistungszeitraum hinausgehenden Leistungszeiträume erhält der Auftragnehmer eine zusätzliche Vergütung:

Sofern der Auftraggeber über die Regelleistungszeit hinausgehende Leistungen des Auftragnehmers in Anspruch nehmen will, richten sich Anordnungsbefugnisse und Vergütungsanpassung nach Ziff. 3.5 und 6.2.

Der Auftragnehmer bleibt auch nach Beendigung der Vertragslaufzeit verpflichtet, nachlaufende Leistungen, wie etwa die Prüfung der Schlussrechnungen von Planungsbeteiligten, der Prüfung der Kostenfeststellung sowie der Steuerung der Fertigstellung der Baudokumentation zu erbringen.

Sofern der Auftraggeber den Auftragnehmer mit weiteren Leistungen beauftragen will, richtet sich die Anordnungsbefugnis und die Vergütungsanpassung nach Ziffer 3.5 und 6.2 dieses Vertrages.

## **6. Vergütung und Zahlung**

### **6.1 Vergütungssysteme und Vergütung für die Vertragsleistungen**

Die Vertragspartner legen folgendes Honorarsystem zugrunde:

#### **6.1.1 (Vorläufiges) Honorar nach anrechenbaren Kosten (Berechnungshonorar nach § 6 AHO-Heft Nr. 9):**

Die anrechenbaren Kosten richten sich nach der DIN 276:2018-12 mit den Kostengruppen 200 bis 700 ohne 711 (Projektleitung), 712 (Bedarfsplanung), 713 (Projektsteuerung) und 800. Umsatzsteuer ist nicht Bestandteil der anrechenbaren Kosten.

Gemäß § 5 Abs. 2 AHO-Heft Nr. 9 legen die Vertragspartner die Honorarzone wie folgt fest:

- Honorarzone III, Grundhonorar XXX €

Bbeauftragte Leistungen der Projektleitung bzw. weitere besondere Leistungen bewerten die Vertragspartner wie folgt:

- Nutzerprojektmanagement, XXX €
- Stakeholdermanagement, XXX €
- Fördermittelmanagement, XXX €
- Übernehmen der Funktion der Vergabestelle, XXX €
- Prüfen der Rechnungen der ausführenden Unternehmen, XXX €
- Prüfen der Projektdokumentation der fachlich Beteiligten, XXX €
- Koordination der Mängelbeseitigung, XXX €
- Koordination der Parallelmaßnahmen, XXX €
- Das vorläufige Gesamthonorar beläuft sich daher auf XXX € Netto. Die Kosten werden endgültig nach der vom Auftragnehmer ersten freigegebenen Kostenberechnung der Planungsbeteiligten bestimmt.

#### **6.1.2 Honorierung nach Zeitaufwand:**

Für den Fall der Honorierung nach Zeitaufwand sowie für zusätzliche und geänderte Leistungen gelten folgende Stundenverrechnungssätze als vereinbart.

Stundenverrechnungssatz
Für Inhaber/Projektleiter/Geschäftsführer XXX €
Für Projektmanager XXX €
Für Projektmitarbeiter XXX €

Die Honorarsätze gemäß § 5 Abs. 3 AHO-Heft Nr. 9. Studenten- und Sekretariatskräfte sind von den vorgenannten Stundenansätzen der Berufsträger umfasst

## 6.2 Vergütungsanpassung bei geänderten Leistungen

### 6.2.1 Vergütung

Ordnet der Auftraggeber eine Änderung von Leistungen des Auftragnehmers an, so ist die Vergütung entsprechend anzupassen. Die Vergütungsanpassung erfolgt – soweit nicht etwas anderes bestimmt ist, gemäß den vereinbarten Honorargrundlagen – entsprechend dem tatsächlichen Mehr- oder Minderaufwand für die zu erbringenden geänderten Leistungen. Es wird klargestellt: Im Falle der Beauftragung eines Berechnungshonorars auf Basis anrechenbarer Kosten oder einer Honorarpauschale schuldet der Auftragnehmer ohne zusätzliche Vergütung die Mitwirkung bei der Überwindung von Störungen während der Projektabwicklung, insbesondere durch mangelhafte, verspätete oder aus sonstigen Gründen vertragswidrige Leistungen freiberuflich Tätiger oder ausführender Unternehmen sowie durch hieraus resultierende Nachbesserungen, Fristsetzungen, Kündigungen und erforderliche Beauftragungen von Drittunternehmen, durch Insolvenzen etc. Unbeschadet etwaiger Ansprüche des Auftragnehmers nach Ziff. 5.2 begründen dementsprechend derartige Störungen keine Ansprüche auf Mehrvergütung, Entschädigung oder Schadenersatz, es sei denn, der Auftraggeber kommt seinen Mitwirkungspflichten in Bezug auf die Beseitigung der Störungen nicht nach oder es liegt ein Fall der Störung der Geschäftsgrundlage vor, § 313 Abs. 1 BGB.

### 6.2.2 Anzeigepflicht

Glaubt der Auftragnehmer, aufgrund einer Änderung des Steuerungssolls (Beauftragungen/Anordnungen des Auftraggebers oder geänderter Projektumstände) zusätzliche Vergütungsansprüche geltend machen zu können, hat er diese vor Ausführung der entsprechenden Leistungen in Textform dem Auftraggeber unter Benennung der voraussichtlichen Vergütungshöhe anzuzeigen.

### 6.2.3 Honorargrundlagen für eine Honoraranpassung

Soweit die Vertragspartner nicht etwas anderes vereinbart haben, hat der Auftragnehmer den etwaigen änderungsbedingten Mehr- oder Minderaufwand prüfbar anhand des Personaleinsatzes (belegt durch Stundenbelege für das eingesetzte Personal) und etwaigen weiteren Ressourcen nachzuweisen. Dabei sind die jeweils erbrachten Mehr- oder Minderstunden durch Benennung des jeweiligen Mitarbeiters, des Leistungsinhaltes und des Leistungszeitraums detailliert zu benennen und von den Hauptleistungen abzugrenzen. Sämtliche Nebenkosten und Erschwernisse sind in diesem Fall durch die zeitaufwandsbezogene Zusatzvergütung abgegolten. Sofern nach Ziff. 6.1 ein Berechnungshonorar vereinbart ist, sind etwaige Honorarerhöhungen aufgrund anzupassender anrechenbarer Kosten auf den so ermittelten Mehrvergütungsanspruch anzurechnen.

### **6.3 Nachtragsvereinbarungen**

Auftraggeber und Auftragnehmer sollen zeitnah einen Vergütungsnachtrag hinsichtlich etwaiger Vergütungsänderungen in schriftlicher Form schließen.

### **6.4 Zahlungen**

Abschlagszahlungen des Auftraggebers erfolgen nach Maßgabe des Zahlungsplans (Anlage 4), sofern der dort zugrunde gelegte Leistungsfortschritt erreicht wird. Liegt kein Zahlungsplan vor, kann der Auftragnehmer monatliche Abschlagszahlungen in Höhe der Vergütung für nachweislich erbrachte Leistungen fordern.

Die Schlusszahlung ist fällig nach Abnahme der Leistungen des Auftragnehmers sowie Übergabe einer prüffähigen Schlussrechnung.

Der Auftraggeber wird innerhalb von 20 Kalendertagen nach Vorlage einer Abschlagsrechnung und dreißig Kalendertage nach Vorlage der Schlussrechnung Zahlung auf berechnete Vergütungsansprüche leisten.

### **6.5 Nebenkosten**

Hinsichtlich der Nebenkosten treffen die Vertragspartner folgende Regelung:

Nebenkosten im Sinne des § 14 Abs. 2 HOAI (2013), einschließlich aller Reisekosten (Fahrt- und Übernachtungskosten) werden pauschal mit X% des Nettohonorars vergütet.

Die vorgenannte Pauschale deckt insbesondere die Kosten für Aufwendungen des Auftragnehmers für sein eigenes Büro, die eigenen Kosten für die Datenverwaltung und -übertragung, für die Kommunikation (z. B. Porto, Kurier, Internet, Telefon und Mobilfunk), die Kosten für Vervielfältigungen eigener Arbeitsergebnisse (bis DIN A3) und bis zu zwei Ausfertigungen für den Auftraggeber und insbesondere die Reisekosten im Umkreis von 50 km vom Ort des Bauvorhabens ab.

Der Auftraggeber trägt die Kosten für eine etwa erforderliche einmalige Vervielfältigung von Planunterlagen, sofern der Auftragnehmer mit der Planprüfung beauftragt wird. Soweit dem Auftragnehmer die Zusammenstellung und Versendung der Ausschreibungsunterlagen übertragen ist, erhält er auch die Kosten für die in Abstimmung mit dem Auftraggeber erstellten Ausdrucke erstattet.

Nebenkosten im Sinne des § 14 Abs. 2 HOAI (2013) werden ausschließlich auf Einzelnachweis erstattet.

### **6.6 Umsatzsteuer**

Der Auftraggeber zahlt zusätzlich zu der Vergütung nach dieser Vereinbarung die jeweilige Umsatzsteuer in der gesetzlichen Höhe.

## **7. Abnahme**

Beide Vertragspartner können die förmliche Abnahme der Leistungen des Auftragnehmers beantragen, wenn diese vollständig und im Wesentlichen mangelfrei erbracht worden sind. Soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist, ist eine Teilabnahme einzelner Projektstufen und Leistungsphasen ausgeschlossen. § 650 s BGB bleibt unberührt.

## **8. Mängelhaftung/Haftung**

### **8.1 Haftungsansprüche**

Mängel- und Haftungsansprüche des Auftraggebers richten sich, soweit nachfolgend nichts Abweichendes bestimmt ist, nach den gesetzlichen Vorschriften.

Die Haftung für fahrlässiges Verhalten ist für haftpflichtversicherte Schäden auf die Höhe der Deckungssummen der vertragsgemäß abgeschlossenen Haftpflichtversicherung begrenzt. Das gilt nicht bei Schadensersatzansprüchen wegen der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit oder bei der Verletzung von Kardinalpflichten (Hauptvertragspflichten).

Der Auftragnehmer kann verlangen, dass er an der Beseitigung eines festgestellten Mangels beteiligt wird, soweit dies dem Auftraggeber im Einzelfall zumutbar ist. Im Falle von Überwachungsfehlern gilt § 650 t BGB.

### **8.2 Verjährung von Haftungsansprüchen**

Die Verjährung für Mängelansprüche beginnt mit der Abnahme der letzten vom Projektsteuerer zu betreuenden Leistung ausführender Unternehmen, spätestens jedoch mit Abnahme der Projektsteuerungsleistung; für hiernach noch vom Projektsteuerer zu erbringende Leistungen (sog. nachlaufende Leistungen) beginnt die Verjährung mit dem Zeitpunkt des Abschlusses dieser Leistungen.

## **9. Sicherheiten/Versicherungen**

### **9.1 Sicherheiten**

Die Vertragspartner haben wechselseitig, soweit nachfolgend nicht etwas anderes vereinbart ist, keine Erfüllungs- oder Gewährleistungssicherheiten zu erbringen.

### **9.2 Berufshaftpflichtversicherungsschutz**

Der Auftragnehmer schließt zur Sicherung etwaiger Ersatzansprüche nach diesem Vertrag eine Berufshaftpflichtversicherung mit folgenden Mindestdeckungssummen ab und weist diese nach:

- Personenschäden XXX €
- Sach- und Vermögensschäden XXX €

Jeweils

- einfach maximiert im Versicherungsjahr (die Versicherungssumme steht einmal im Versicherungsjahr zur Verfügung) zweifach maximiert im Versicherungsjahr

Der Auftragnehmer hat vor dem Nachweis des Versicherungsschutzes keinen Anspruch auf Zahlungen nach diesem Vertrag. Auf Anforderung des Auftraggebers wird der Auftragnehmer seinen Versicherer anweisen, dem Auftraggeber Mitteilung zu machen, wenn sich Veränderungen hinsichtlich des Umfangs des Versicherungsschutzes ergeben.

## **10. Kündigung**

### **10.1 Kündigung durch den Auftraggeber nach § 648 BGB**

Wird der Vertrag nach § 648 BGB durch den Auftraggeber gekündigt, gelten folgende Regelungen:  
§ 648 BGB

Über die Vergütung für erbrachte Leistungen hinaus erhält der Auftragnehmer die vertragliche Vergütung für eine Höchstdauer von weiteren drei Monaten ab Beendigung des Monats, in dem die Kündigung erklärt wurde, soweit er nachweist, dass er seine projektbearbeitenden Mitarbeiter/innen nicht in anderen Projekten beschäftigen kann. Weitere Ansprüche sind ausgeschlossen.

### **10.2 Außerordentliche Kündigung**

Für eine Kündigung aus wichtigem Grund gilt § 648 a BGB.  
Ein wichtiger Grund für eine Kündigung durch den Auftraggeber liegt insbesondere vor, wenn

10.2.1 der Auftragnehmer Leistungen an Nachunternehmer vergibt, ohne dass eine vom Auftraggeber zu erteilende Zustimmung vorliegt,

10.2.2 der Auftragnehmer Mitarbeiter des Kernprojektteams (Ziff. 4.9) ohne vorherige Anzeige an den Auftraggeber austauscht; entsprechendes gilt, wenn die nach Ziff. 4.9 erforderliche Zustimmung des Auftraggebers nicht eingeholt wird, es sei denn, der Auftraggeber verweigert die Zustimmung vertragswidrig,

10.2.3 der Auftragnehmer überschuldet oder zahlungsunfähig ist oder ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Unternehmen des Auftragnehmers gestellt und nicht binnen eines Kalendermonats zurückgenommen oder anderweitig erledigt wurde,

10.2.4 der Auftragnehmer auch nach fruchtlosem Ablauf einer angemessenen Nachfrist den Berufshaftpflichtversicherungsschutz nicht nachweist,

10.2.5 der Auftragnehmer erkannt hat, dass die Einhaltung der Projektziele nachhaltig gefährdet ist, den - Auftraggeber jedoch darüber nicht unterrichtet hat,

10.2.6 der Auftragnehmer trotz Abmahnung mehrfach oder gravierend gegen ihm nach diesem Vertrag obliegende wesentliche Vertragspflichten verstößt und dem Auftraggeber deshalb eine weitere Zusammenarbeit nicht zumutbar ist.

### **10.3 Anforderungen an die Kündigungserklärung**

Jede Kündigung hat schriftlich zu erfolgen. Anstelle der Kündigung des gesamten Vertrages kann der Auftraggeber einzelne Leistungen des Auftragnehmers kündigen, soweit es sich um abgrenzbare Teile der geschuldeten Projektsteuerungsleistung handelt (§ 648 a Abs. 2 BGB).

### **10.4 Nachvertragliche Pflichten**

#### **10.4.1 Unterlagen des Auftragnehmers**

Die vom Auftragnehmer in Erfüllung dieses Vertrags gefertigten oder beschafften Unterlagen sind dem Auftraggeber nach Vertragsende auf dessen Verlangen auszuhändigen. Der Auftragnehmer darf die Herausgabe wegen fälliger Honoraransprüche verweigern, wenn der Auftraggeber eine Vergütungspflicht vertragswidrig verneint und keine Sicherheit anbietet.

#### **10.4 2 Auskünfte des Auftragnehmers**

Nach der Erfüllung aller Leistungen hat der Auftragnehmer gleichwohl auf Anforderung des Auftraggebers projektrelevante Auskünfte zu erteilen. Auskünfte, die der Auftraggeber später als drei Monate nach Vertragsbeendigung verlangt, sind vergütungspflichtig. Die Vergütung erfolgt auf der Grundlage des Zeithonorars gemäß Ziff. 6.2.

## **11. Urheberrechte und Schutzrechte**

Dem Auftragnehmer stehen die Urheberrechte an von ihm erzeugten Arbeitsergebnissen zu. Soweit Arbeitsergebnisse des Auftragnehmers urheberrechtlichen Charakter haben, überträgt der Auftragnehmer dem Auftraggeber – ohne zusätzliche Vergütung – das unbeschränkte Nutzungsrecht an den Arbeitsergebnissen für das vertragsgegenständliche Bauvorhaben, und zwar auch in Bezug auf Änderungen und unabhängig davon, ob das Vertragsverhältnis fortbesteht oder vorzeitig beendet wird. Sofern der Auftragnehmer Nachunternehmer bei der Vertragserfüllung einsetzt, die an der Erzeugung urheberrechtsschutzfähiger Leistungen mitwirken, hat er diese zu verpflichten, dem Auftraggeber ebenfalls ein unbeschränktes Nutzungsrecht einzuräumen. Er ist überdies verpflichtet, den Auftraggeber von Urheberrechten und gewerblichen Schutzrechten Dritter, die durch seine Leistungen berührt werden, freizustellen.

Fachliche Weisungen darf der Auftragnehmer nicht unter Berufung auf seine Urheberrechte zurückweisen.

Soweit der Auftragnehmer im Laufe des Projekts Dateien anlegt, hat er diese dem Auftraggeber nach Beendigung des Projekts unentgeltlich auf geeigneten Datenträgern zu überlassen. Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber behilflich sein, etwaige Programme, die zur Bearbeitung dieser Daten notwendig sind, zu angemessenen Bedingungen zu erwerben.

## **12. Schlussbestimmungen**

### **12.1 Vertraulichkeit**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich überdies, alle Informationen über das Bauvorhaben und den Auftraggeber sowie die für den Auftraggeber handelnden Personen betreffend vertraulich zu behandeln und seine Beschäftigten und etwaige Nachunternehmer einer entsprechenden Geheimhaltungsverpflichtung zu unterwerfen. Das gilt nicht, wenn und soweit Informationen bereits öffentlich bekannt sind oder eine Offenbarung gegenüber Projektbeteiligten zur Abwicklung des Vertrages oder gegenüber Dritten in Fällen erfolgt, in denen dies gesetzlich geboten ist. Auf seine Projektbeteiligung darf der Auftragnehmer hinweisen. Der Auftraggeber kann Muster für entsprechende Geheimhaltungserklärungen vorgeben.

### **12.2 Datenschutzklausel**

Der Auftraggeber verarbeitet im Zusammenhang mit der Abwicklung dieses Vertrages personenbezogene Daten des Auftragnehmers bzw. der für ihn handelnden Vertreter, seiner Beschäftigten, Erfüllungsgehilfen und Nachunternehmer und deren Vertreter/Personal (fortan: betroffene Personen). Die Datenverarbeitung erfolgt nach Maßgabe der geltenden datenschutzrechtlichen Vorschriften, insbesondere der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Auf die anliegende Datenschutzinformation (Anlage 6) wird verwiesen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Datenschutzinformation unverzüglich, in jedem Fall vor der Übermittlung personen- bezogener Daten an den Auftraggeber, allen betroffenen Personen seines Unternehmens zu übergeben und die Übergabe zu dokumentieren sowie auf Verlangen des Auftraggebers nachzuweisen. Sofern der Auftraggeber Erfüllungsgehilfen oder Nachunternehmer einsetzt, hat er auch diese zu verpflichten, entsprechend vorzugehen und die Umsetzung zu überwachen und nachzuweisen.

Sofern für die Ausführung der Leistungen des Auftragnehmers im Einzelfall zusätzliche Einwilligungserklärungen betroffener Personen erforderlich sind, wie etwa bei der Nutzung von Projektkommunikationssystemen und von Baustellenausweisen, wird der Auftragnehmer die betroffenen Personen seines Unternehmens bzw. seiner Erfüllungsgehilfen und Nachunternehmer verpflichten, die datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärungen beizubringen. Der Auftragnehmer kann seine Leistungen nicht unter Hinweis auf fehlende Einwilligungserklärungen betroffener Personen verweigern.

Soweit der Auftragnehmer personenbezogene Daten des Auftraggebers bzw. dessen Beschäftigten verarbeitet, verpflichtet er sich ebenfalls, alle gesetzlichen Anforderungen einzuhalten.

### **12.3 Abwerbeverbot**

Im Hinblick auf die angestrebte vertrauensvolle Zusammenarbeit verpflichten sich Auftraggeber und Auftragnehmer, während der Projektlaufzeit und zwei Jahre hiernach keinen Mitarbeiter des anderen Vertragspartners oder eines mit diesem verbundenen Unternehmens abzuwerben.

### **12.4 Erfüllungsort**

Erfüllungsort für alle Leistungen nach diesem Vertrag ist Hamburg.

### **12.5 Anwendbares Recht**

Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

### **12.6 Konfliktschlichtung und Gerichtsstand**

Die Vertragspartner verpflichten sich, auftretende Konflikte möglichst zeitnah und in Verhandlungen zu schlichten.

Gerichtsstand ist Hamburg.

### **12.7 Schriftform**

Änderungen und Ergänzungen zu diesem Vertrag bedürfen der Schriftform gem. § 126 BGB.

### **12.8 Salvatorische Klausel**

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrags rechtsunwirksam sein, wird die Rechtswirksamkeit der übrigen Bestimmungen hiervon nicht berührt. Die Vertragspartner verpflichten sich, die unwirksame Bestimmung durch eine Regelung zu ersetzen, die rechtlich zulässig ist und dem Sinn und Zweck des Vertrags nach den Vorstellungen der Vertragspartner am nächsten kommt.

Ort, Datum

Ort, Datum

Auftraggeber

Auftragnehmer